

Die Bayerische Staatsregierung hat auf der Kabinettsitzung am 24.4.2007 das „Klimaprogramm Bayern 2020“ beschlossen. Das Klimaprogramm ist online als PDF unter www.stmugv.bayern.de/umwelt/klimaschutz/klimaprogramm/doc/klimaprogramm2020.pdf verfügbar.

Zusammenfassung

Das Klimaprogramm Bayern 2020, das das bayerische Kabinett am 24.4.2007 verabschiedete, geht auf den ersten Blick den richtigen Weg: Der Freistaat investiert vor allem in die energetische Sanierung von Gebäuden und vereint auf 35 Seiten ein breit gefächertes Maßnahmenpaket. Doch so gut der Ansatz ist, er ist nicht nur mangelhaft, sondern angesichts des durch den Klimawandel notwendigen Handlungsbedarfs eine regelrechte Katastrophe. Die Staatsregierung bleibt hinter ihren bisherigen Klimaschutzprogrammen und hinter den Beschlüssen des Bundes und der EU deutlich zurück, einige Maßnahmen führen zu einer Erhöhung der CO₂-Emissionen, zu einigen wichtigen Möglichkeiten einer wirkungsvollen Klimaschutzpolitik fehlen jegliche Aussagen.

Ziele

Im bisherigen Bayerischen Klimaschutzprogramm aus dem Jahr 2000 (novelliert im Jahr 2003) wurde das Ziel einer Reduzierung der CO₂-Emissionen in Bayern um rund 10 Prozent bis 2010 formuliert. Das neue Klimaprogramm Bayern 2020 fällt weit hinter dieses Ziel zurück – es strebt lediglich eine Begrenzung auf 80 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr 2010 an und nennt das 10 Prozent-Ziel an keiner Stelle mehr. Eine Zielmarke bis 2020 fehlt (trotz des Namens „Klimaprogramm Bayern 2020“). Im Jahr 2004 betragen die CO₂-Emissionen 82,8 Mio. Tonnen. CO₂-Reduktionsziele werden meistens auf das Basisjahr 1990 bezogen (das ist das Basisjahr des Kyoto-Protokolls). Dazu einige Vergleichszahlen:

Verpflichtung Deutschland im Rahmen des Kyoto-Protokolls:	bis 2012	-21,0 %
Beschluss EU unter deutscher Ratspräsidentschaft:	bis 2020	-30,0 %
Beschluss der Bundesregierung in Meseberg	bis 2020	-40,0 %
Klimaschutzprogramm von Bayern 2000 und 2003	bis 2010	-10,0 %
Klimaprogramm Bayern 2020 (eigene Berechnung)	bis 2010	-7,0 %

Allerdings muss hinzugefügt werden, dass Bayern eine gesicherte Messung des Reduzierungserfolges behindert. Die letzten Zahlen für die CO₂-Emissionen in Bayern stammen aus dem Jahr 2004. Andere Bundesländer liefern weit aktuellere Zahlen. Alle anderen Bundesländer messen ihre CO₂-Emissionen in einer Verursacher- und in einer Quellenbilanz¹. Bayern hat durchgesetzt, dass Verursacher- und Quellen nicht mehr als unterschiedliche, gleichrangige Messmethoden betrachtet werden, sondern dass die Verursacherbilanz die Quellenbilanz „ergänzt“ und veröffentlicht darüber hinaus seit 2006 als

¹ Verursacherbilanz: Es wird der Verbrauch aller bayerischen Endverbraucher mit den CO₂-Emissionen des durchschnittlichen gesamtdeutschen Kraftwerksmixes berechnet (auf Grund Import-/Exportproblematik)
Quellenbilanz: Die CO₂-Emissionen des im jeweiligen Bundesland typischen Kraftwerksmixes bzw. Produktionsmixes werden berechnet.

einziges Bundesland nur noch die Quellenbilanz. Damit sind Rückschlüsse auf die tatsächlichen CO₂-Emissionen nur schwer möglich. Bayern versucht durch seinen relativ hohen Anteil an Wasserkraft und Atomenergie seine Bilanzen offensichtlich aufzubessern. Angesichts dessen sollte die Staatsregierung dem Beispiel der Bundesregierung folgen, die vom objektiven Umweltbundesamt realistisch berechnen ließ, wie viel jede einzelne Maßnahme der Meseberger Beschlüsse an CO₂ einspart.

Allgemein ist zu bemängeln, dass an mehreren Stellen des Klimaprogramms betont wird, dass die wesentlichen Rahmenbedingungen beim Bund liegen und dass Bayern damit nur ergänzend tätig werden könne.

Gebäudesanierung

Es ist positiv zu bewerten, dass das Klimaprogramm Bayern 2020 die energetische Sanierung von Gebäuden als das größte und als wirtschaftlich vergleichsweise günstig erschließbare Potenzial zur Energieeinsparung betrachtet. Bis 2004 hat das bayerische Wirtschaftsministerium Wärmedämmung und energetische Sanierung als unrentabel abgelehnt. Das „Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Liegenschaften“ (150 Mio. Euro auf drei Jahre) und das „CO₂-Minderungsprogramm für kommunale Liegenschaften“² (nicht mal 6 Mio. Euro auf drei Jahre) sind jedoch angesichts des realen Sanierungsbedarfs nicht mal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die mit diesen begrenzten Mitteln realisierbaren Sanierungsmaßnahmen lassen sich an wenigen Händen abzählen. Außerdem sind diese Förderungen nicht neu, sondern seit 2004 immer wieder angekündigt und werden jetzt erst umgesetzt.

Auch wenn die Bundesregierung für die energetische Sanierung von privaten Wohnungen über die KfW ein Förderprogramm aufgelegt hat, kann man das nicht als „ausreichend“ bezeichnen, sonst würden weitaus mehr Altbauten energetisch saniert werden. Es hindert die Bayerische Staatsregierung nichts daran, dem Beispiel vieler bayerischer Kommunen zu folgen, die ihrerseits ergänzend zur Förderung der KfW mehr oder weniger üppig ausgestattete Förderprogramme schon teilweise seit Jahren haben. Laut KfW wurden 2005 und 2006 rund 90.000 Wohneinheiten gefördert, also knapp 2 % der 5 Millionen bayerischen Wohnungen. Selbst wenn man annimmt, dass diese Förderungen zu optimalen Einsparungen von Zweidrittel des Energiebedarfs führten und noch einmal dieselbe Zahl an Sanierungen ohne die Hilfe der KfW wurde, ist das bei weitem nicht ausreichend. Eine Verdreifachung der Sanierungsmaßnahmen wäre realistisch machbar und würde dem Klimaschutzziel der Bayerischen Staatsregierung aus dem Jahr 2003 (-10 % CO₂-Emissionen) bezogen auf den Verbrauchssektor „private Wohngebäude“ entsprechen. Doch die Staatsregierung stellt sich diesen Zahlen nicht, mit dem Verweis darauf, dass die meisten Anträge an die KfW aus Bayern kommen.

Verkehr

Der Abschnitt zum Verkehr im Klimaprogramm ist durchweg negativ zu bewerten. Die von der EU festgelegten Emissionsgrenzwerte für Pkw werden abgelehnt. Stattdessen plant die Staatsregierung den Dialog mit den bayerischen Fahrzeugherstellern zu intensivieren. Der Verkehrsablauf soll durch Bau von neuen Straßen, den Ausbau vorhandener Straßen und durch Telematik optimiert werden. Zum öffentlichen Verkehr fällt der Staatsregierung in sage und schreibe drei Sätzen nicht mehr ein, als dass sie „ihre Politik zur Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel fortsetzen“ wird. Kernelemente dieser Politik waren bisher: Streckenstilllegungen, Behinderung der Planungen einer Reihe von Stadt-Umland-Bahnen, Untätigkeit beim öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum, Forcierung von teuren und prestigeträchtigen ICE-Neubaustrecken und des Transrapid. Auch fehlt im Klimaprogramm

² Auch Kirchen können Anträge einreichen und sogar Jugendeinrichtungen, Jugendverbände, etc. können über den Bayerischen Jugendring einen Zuschuss bekommen.

jegliche Aussage zum Flugverkehr. Die Staatsregierung heizt den Klimawandel durch ihre Förderung von Regionalflughäfen und der dritten Startbahn am Münchner Flughafen an.

Stromerzeugung

Die Ausführung und Pläne in den Kapiteln zu erneuerbare Energien und Stromerzeugung sind lückenhaft und kontraproduktiv, eigentlich müsste man sie als Desaster bewerten. Aussagen zur Solarenergie, Photovoltaik oder Windenergie sucht man vergeblich, die Stichwörter werden komplett vermieden. Stattdessen wird auf Biomasse und biogene Treibstoffe gesetzt, die für die Ökologie und die weltweite Gerechtigkeit problematisch sind. Die verstärkte Forschung im Bereich Biomasse ist jedoch sicherlich zu begrüßen. Für die Natur und die Artenvielfalt sehr negativ ist der beabsichtigte Neubau von Wasserkraftwerken. Das neue Förderprogramm für die Wärmeverteilung von Geothermie-Anlagen ist positiv und mit 12 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren realistisch angesetzt. Abzulehnen ist die Forderung die Laufzeiten bestehender Atomkraftwerke zu verlängern.

Information und Umweltbildung

Eine Verstärkung des Informations- und Bildungsangebotes im Bereich ist sicherlich hilfreich bei der Erreichung von Klimaschutz-Zielen. Welche Maßnahmen jedoch welche Wirkung erzielen können ist jedoch kaum abzuschätzen. Daher fällt auch eine Beurteilung dieses Kapitels im Klimaprogramm Bayern 2020 schwer, da es Maßnahmen von so unterschiedlicher Größe wie „Ausbau des Internet-Angebotes Gebäude und Energie, u.a. laufende Ergänzung durch Best-Practice-Beispiele“ oder Fördermaßnahmen für regionale Energieberatungsagenturen umfasst.

Aus Sicht der Jugendorganisation Bund Naturschutz (JBN) müssten vor allem die Maßnahmen

- „Verdichtung des bayernweiten Netzwerkes außerschulischer Umweltbildungseinrichtungen (Träger der Dachmarke „Umweltbildung Bayern“) und Ausweitung des Angebots im Bereich Klimaschutz
- Umsetzung bayernweiter Modellprojekte zur Vernetzung, Bündelung und Kommunikation von Maßnahmen im Hinblick auf den Klimaschutz konkretisiert werden.

Anpassung

Das Klimaprogramm Bayern 2020 widmet sich auf vielen Seiten der Anpassung an den Klimawandel. So notwendig Anpassungsmaßnahmen sind – es wäre notwendig dass sich die Staatsregierung mit dem gleichen Elan der CO₂-Reduzierung widmet, wie sie das bei der Anpassung macht. Das gleich gilt für das Kapitel Forschung.

Doch auch im Bereich Anpassung gibt es einige gravierende Mängel:

- Die Vorsorge gegen Dürre und Trockenheit umfasst nicht nur eine Erhöhung der Versorgungssicherheit, wie im Klimaprogramm gefordert, sondern auch eine Reduzierung des Wasserverbrauchs. Davon ist im Klimaprogramm keine Rede, stattdessen werden Wassergewinnungsalternativen, im Klartext ökologisch problematische Fernwasserleitungen gefordert.
- Der Absatz zu Wirtschaft/Tourismus ist schwammig und unkonkret. Gerade in diesem Bereich besteht jedoch ein großer Handlungsbedarf für den Klimaschutz. Bayern setzt weiter auf Schneekanonen³ und ignoriert hartnäckig den Zukunftsmarkt „sanfter Tourismus“.

³ trotz des Widerstandes des damaligen Umweltministers Schnappauf

- Dem Absatz zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung ist nichts hinzuzufügen, er ist geprägt von gut formulierten Sätzen und der Einsicht, dass die Bodenversiegelung einen großen Einfluss auf Hochwasserentwicklung, Kleinklima und Artenvielfalt hat. Bemerkenswerterweise fehlen in diesem Absatz konkrete Maßnahmen, obwohl sonst überall im Klimaprogramm Bayern 2020 konkrete Maßnahmen benannt werden. Das ist kein Wunder: Die Flächenversiegelung ist in den letzten Jahren in Bayern wieder deutlich gestiegen⁴ und die kooperative Politik der Staatsregierung mit dem wirkungslosen „Bündnis für Flächensparen“ gescheitert.
- Die Aussagen und Maßnahmen im Bereich Naturschutz sind zu begrüßen. Allerdings wird dafür im Unterschied zu allen anderen Maßnahmenpaketen keine genaue Summe veranschlagt und damit bleibt völlig offen, was wirklich geschieht. Bisher hat Bayern in vielen Bereichen keine gute Politik für einen effektiven Biotop- und Artenschutz geleistet, siehe z.B. verhinderte Meldung von wichtigen FFH-Gebieten, Management des Umgangs mit Wildtieren wie Biber, Wolf oder Bär, Flurbereinigung, Zerschneidung von Biotopen durch neue Straßen und Zugstrecken, sowie der grassierende Flächenverbrauch.
- Die geplanten Maßnahmen zum Umbau des Waldes von gefährdeten Fichtenbeständen zu klimatoleranten Mischwäldern sowie zum Schutz des Bergwaldes sind grundsätzlich positiv zu bewerten, stehen aber im Gegensatz zur Politik des öffentlichen Unternehmens Bayerische Staatsforsten, wo trotz aller gegenteiliger Beteuerungen die Rendite oberste Priorität haben.

Forschung

Die Maßnahmen zur Förderung der Forschung in den verschiedensten Bereichen sind grundsätzlich positiv zu sehen. Wünschenswert wäre eine Fokussierung der FuE-Projekte und Modellvorhaben auf mehr auf Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen und weniger auf CO₂-Abtrennung und ähnliche futuristische Projekte.

Forderungen an Bund und EU

Die im Klimaprogramm Bayern 2020 aufgestellten Forderungen an den Bund und an die EU geben ein gemischtes Bild ab. Neben begrüßenswerten Forderungen wie Einführung des Toprunner-Modells, der Förderung der Risikoabdeckung bei Geothermie-Bohrungen und Einbeziehung des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel finden sich auch abzulehnende Forderungen wie Verlängerung der Laufzeiten von alten Atomkraftwerken und Verstärkung der Forschung zur Kernfusion.

⁴ vgl. dazu den kürzlich durch Umweltminister Bernhard vorgelegten Umweltbericht